

Dienstag 20. November 2012

Nummer 556

[Der Newsletter als PDF](#)

[Die Applikation EUScope](#)



[Die Stiftung auf](#)



Interview mit Alain Lamassoure, Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments



Autor : Alain
Lamassoure

Die Verhandlungen über den künftigen EU-Haushalt gestalten sich schwierig. Der Haushalt 2012 steht nach wie vor nicht fest, die Verhandlungen zum Haushalt 2013 stecken in einer Sackgasse und der mehrjährige Finanzrahmen sorgt für Streit zwischen den europäischen Institutionen und den Mitgliedstaaten. Alain Lamassoure (EVP, Frankreich), Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments, erläutert in einem Interview, wie er die derzeitige Lage sieht.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Neuigkeiten : Frankreich/Deutschland **Finanzkrise** : Haushalt/EU - EZB - Deutschland - Österreich - Spanien - Lettland - Portugal - Großbritannien
Kommission : Frauen/Unternehmen - Energie - Wasser **Parlament** : Anhörung/Tonio Borg - Wettbewerb **Rat** : Verteidigung **Deutschland** : Afghanistan - Immigration - Portugal **Bulgarien** : South Stream **Spanien** : Südamerika **Frankreich** : Deutschland - Verteidigung - Polen **Griechenland** : Maßnahmen/Wachstum **Italien** : Reformen **Polen** : Deutschland **Ukraine** : Timoschenko **Europarat** : Albanien - Ukraine **UNO** : UN-Tribunal/Kroatien - Bosnien-Herzegowina **Eurostat** : Inflation - Handel - Wachstum **Eurobarometer** : Europawahlen **Berichte/Studien** : Frankreich/Verteidigung - Gesundheit - Drogen **Kultur** : Ausstellung/Zürich - Ausstellung/Baden-Baden - Van Dyck/Madrid - Ausstellung/Paris

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Neuigkeiten :

Frankreich, Deutschland und Sie?



Am 22. Januar 2013 wird der 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Elyseevertrags gefeiert. Deutsche und Franzosen sollen anlässlich der Feierlichkeiten die Möglichkeit haben, ihre Sicht der Dinge zu den deutsch-französischen Beziehungen mitzuteilen. Die Gruppe Radio France, die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in Deutschland, Deutschlandradio, ARD und Saarländischer Rundfunk haben gemeinsam mit Arte eine große Umfrage gestartet, die unter anderem von der Robert Schuman Stiftung unterstützt wird. Machen Sie mit und beantworten Sie die 26 Fragen - Sie haben nur noch wenige Tage Zeit!.. [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Finanzkrise :

Stillstand bei Verhandlungen zum EU-Haushalt 2012 und 2013



Am 13. November 2012 verabschiedeten die 27 Finanzminister der EU den Nachtragshaushalt Nr. 5 für den Haushalt 2012, wodurch Finanzhilfen in Höhe von 670 Millionen Euro freigegeben wurden, die an Italien fließen werden. Die Vermittlungsbemühungen zwischen dem Europäischen Parlament und den Ministern zum Haushalt 2013 scheiterten. Das Europäische Parlament hatte verlangt, dass die Minister zunächst dem Nachtragshaushalt Nr. 6 für den Haushalt 2012 zustimmen, der Zahlungen in Höhe von 9 Milliarden Euro zur Finanzierung diverser Programme vorsieht. Die Minister wollten den Haushalt 2012 und 2013 nur gemeinsam besprechen... [Fortsetzung](#)

Mario Draghi erläutert EZB-Maßnahmen in einer Rede an der Universität von Bocconi



Am 15. November 2012 hielt der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, anlässlich des Beginns des akademischen Jahres an der Universität Bocconi in Mailand eine Rede. Draghi erläuterte, inwiefern die Finanzmärkte die Währungspolitik beeinflusst haben. Er erläuterte außerdem die zum Teil unkonventionellen Maßnahmen zur Beruhigung der Märkte. Draghi sprach sich für eine Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion aus, wie auch für eine Fortführung der nationalen Anstrengungen der Mitgliedstaaten... [Fortsetzung](#)

Finanzstabilitätsbericht der Bundesbank



Am 14. November 2012 veröffentlichte die deutsche Bundesbank ihren Finanzstabilitätsbericht 2012. Nach Aussage des Berichts bestehen auch 5 Jahre nach Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise Risiken für den deutschen Bankensektor und diese sind im Vergleich zu letztem Jahr nicht geringer geworden. Deutsche Banken haben Spanien und Italien aktuell Kredite über 59 Milliarden Euro gewährt. Bei einer Verschärfung der Krise in der Eurozone würde der deutsche Bankensektor erheblich in Mitleidenschaft gezogen. Die Bundesbank empfiehlt den deutschen Banken, verstärkt zu fusionieren... [Fortsetzung](#)

Verabschiedung des Haushalts 2013 in Österreich



Der Nationalrat in Österreich stimmte am 16. November 2012 mehrheitlich für den Haushaltsentwurf 2013, der mit den Stimmen von den Sozialdemokraten (SPÖ) und den Konservativen (ÖVP) verabschiedet wurde. Der Haushalt prognostiziert ein Defizit in Höhe von 3,2% des BIP und eine Gesamtverschuldung in Höhe von 75,4% des BIP in 2013. Ab 2014 soll sich die Schuldenlast verringern aufgrund des 28 Milliarden umfassenden Sparprogramms, das die Regierung letztes Frühjahr beschlossen hat, wie die österreichische Finanzministerin Maria Fekter bekannt gab. Die Regierung geht für 2013 von Einnahmen in Höhe von 68,7 Milliarden Euro aus und von Ausgaben in Höhe von 75 Milliarden Euro... [Fortsetzung](#)

Spanien: Moratorium gegen Zwangsräumungen



Die spanische Regierung gab am 15. November 2012 bekannt, dass es ein Moratorium gegen Zwangsräumungen von überschuldeten Eigentümern für die Dauer von 2 Jahren geben soll. Es handelt sich um eine Eilmaßnahme aufgrund des starken Anstiegs von Zwangsräumungen aufgrund der Wirtschaftskrise. Aus "humanitären Gründen" sollen Zwangsräumungen für 2 Jahre ausgesetzt werden im Falle von schutzbedürftigen Personengruppen wie Großfamilien und abhängigen Personen, wie die Regierungssprecherin Soraya Saenz de Santamaria bekannt gab... [Fortsetzung](#)

Lettland will Euro als Landeswährung



Am 15. November 2012 verabschiedete das Parlament in Lettland den Haushalt 2013 mit 55 gegen 38 Stimmen. Der lettische Premierminister Valdis Dombrovskis erläuterte die Prioritäten für 2013, diese seien Wirtschaftswachstum, Verbesserung der demographischen Situation und eine Anhebung der Gehälter für Beschäftigte des öffentlichen

Dienstes. Die lettische Regierung möchte zudem ab dem 1. Januar 2014 den Euro einführen. Hierfür benötigt Lettland die Zustimmung der EZB und der Europäischen Kommission. Eine Entscheidung wird während des ersten Halbjahres 2013 erwartet... [Fortsetzung](#)

Rezession in Portugal von portugiesischer Nationalbank bestätigt



Nach aktuellen Prognosen, die am 13. November 2012 von der portugiesischen Nationalbank veröffentlicht wurden, wird die portugiesische Wirtschaft im kommenden Jahr voraussichtlich um 1,6% schrumpfen, womit die Nationalbank pessimistischer ist als die portugiesische Regierung und die Troika bestehend aus EU-EZB-IWF. "2012 und 2013 wird die wirtschaftliche Aktivität um 3% und um 1,6% zurück gehen", gab die portugiesische Nationalbank in ihrem Herbstgutachten bekannt, während die portugiesische Regierung und die Gläubiger aktuell von einer Rezession in Höhe von 3% für 2012 und in Höhe von 1% für 2013 ausgehen. Die Nationalbank gibt als Grund für die schlechte Prognose an, dass die schwache Binnennachfrage nur teilweise durch eine positive Entwicklung der Nachfrage von außen ausgeglichen werden könne... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Abschwächung der britischen Wirtschaft



Die wirtschaftlichen Aussichten für Großbritannien bleiben schwierig und die britische Wirtschaft könnte sich im 4. Quartal 2012 weiter abschwächen, wie der Leiter der Bank von England (BoE), Mervyn King, am 14. November 2012 anlässlich der Veröffentlichung des Quartalsberichts der Bank bekannt gab. "Die aktuelle Wirtschaftslage ist weiterhin schwierig", so King, obwohl Großbritannien im 3. Quartal dank der Olympischen Spiele die Rezession überwinden konnte. Für 2013 senkte die Bank ihre Wirtschaftsprognose ab, sie geht nunmehr von einem Wachstum in Höhe von 1% für den Großteil des Jahres aus... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

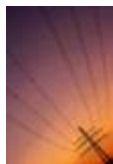
Kommission :

Kommission schlägt 40% Frauenquote für Leitungsebenen börsennotierter Gesellschaften vor



Am 14. November 2012 hat die Europäische Kommission einen Richtlinienvorschlag veröffentlicht, der vorsieht, dass bis zum Jahr 2020 eine 40%-Frauenquote in der nicht geschäftsführenden Leitungsebene börsennotierter Gesellschaften erreicht werden soll, ausgenommen bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Für öffentlich-rechtliche Unternehmen soll die Frist 2018 betragen. Unternehmen sollen zur Berücksichtigung klarer und nicht-diskriminierender Regelungen verpflichtet werden. Entsprechend des Kommissionsvorschlags soll bei gleicher Qualifikation das unterrepräsentierte Geschlecht ausgewählt werden... [Fortsetzung](#)

Aktionsplan zur Öffnung der Energiemärkte



Am 15. November 2012 veröffentlichte die Europäische Kommission einen Aktionsplan für eine weitere Öffnung der europäischen Energiebinnenmärkte. Unter anderem ist die systematische Sanktionierung vorgesehen, falls Mitgliedstaaten nicht vollständig die europäischen Regelungen zur Öffnung der Energiemärkte umsetzen, wobei die Frist zur Umsetzung bereits im März 2011 abgelaufen ist. Darüber hinaus sollen Verbraucher stärker unterstützt werden: Es soll Anreize zu einem leichteren Wechsel des Anbieters geben, die Installation intelligenter Verbrauchsmesser soll gefördert werden, die Preistransparenz soll erhöht werden etc. Die Kommission will außerdem die Marktflexibilität erhöhen und Wettbewerbsverzerrungen unterbinden... [Fortsetzung](#)

Konzept zum Schutz europäischer Gewässer



Die Europäische Kommission hat am 14. November 2012 ein Konzept zum Schutz europäischer Gewässer veröffentlicht, das auf drei Hauptachsen beruht: Die bessere Umsetzung der bestehenden rechtlichen Regelungen auf europäischer und nationaler Ebene. Der

Gewässerschutz soll darüber hinaus besser in anderen Bereichen berücksichtigt werden wie Landwirtschaft, Verkehr, Energie. Zudem sollen bestehende Regelungslücken geschlossen werden, insbesondere in Bezug auf die Instrumente zur effizienteren Bewirtschaftung, zum Beispiel durch Wiederverwertung von Wasser... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Parlament :

Anhörung von Tonio Borg



Am 13. November 2012 wurde der Malteser Tonio Borg von den Abgeordneten des Europäischen Parlaments angehört. Tonio Borg soll als Nachfolger von John Dalli neuer EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz werden. Er versprach, schnellstmöglich die neuen Regelungen für Tabak auf den Weg zu bringen, besser gegen Interessenkonflikte vorzubeugen und die seiner Verantwortung unterstehenden Agenturen strenger zu überwachen. Klaus-Heiner Lehne, Vorsitzender der Anhörungskommission, sagte, dass die Präsentation Tonio Borgs von den zuständigen Ausschüssen "überwiegend positiv" bewertet worden sei. Das Parlament begrüßte "die Kompetenz, das europäische Engagement und die Unabhängigkeit" des Kandidaten. Einige Abgeordnete äußerten sich jedoch besorgt angesichts von Äußerungen Borgs, die nicht direkt im Zusammenhang mit seinen zukünftigen Themenfeldern stehen. Das Parlament wird seine nicht bindende Entscheidung während der nächsten Sitzungswoche bekannt geben... [Fortsetzung](#)

Wettbewerb für Teilnahme an Zeremonie zur Nobelpreisverleihung



Am 13. November 2012 haben die Präsidenten des Europäischen Rates, der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Jugendforum einen Wettbewerb gestartet, dessen Sieger an der Zeremonie zur Verleihung des Friedensnobelpreises in Oslo teilnehmen können. Die Präsidenten gaben bekannt, dass die Preisverleihung auch ein Zeichen für die Zukunft sei. "Unsere Aufgabe ist es, die kommende Generation von Europäern zu inspirieren". Die Gewinner werden die offizielle Delegation der Europäischen Union am 10. Dezember 2012 nach Oslo begleiten. Das Preisgeld geht an Projekte zugunsten von Kindern aus Kriegs- und Konfliktgebieten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Rat :

Ergebnisse des Treffens der EU-Verteidigungsminister



Am 19. November 2012 beschlossen die EU-Verteidigungsminister einen Ausbau der Verteidigungskapazitäten und einen Ausbau der europäischen Zusammenarbeit in Sicherheit und Verteidigung, da die Union ein Sicherheitsgarant sei. Die Stärkung soll durch verstärkten Austausch und gemeinsame Nutzung der Militärkapazitäten der einzelnen Mitgliedstaaten erfolgen... [Fortsetzung](#)

Deutschland :

Deutschland kündigt Truppenabzug in Afghanistan an



Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière und Bundesaußenminister Guido Westerwelle gaben am 14. November 2012 bekannt, dass der Truppenabzug in Afghanistan fortgesetzt werden wird, mit dem Ziel, bis Februar 2014 30% weniger Soldaten in Afghanistan im Einsatz zu haben. Dies bedeutet eine Verringerung von derzeit 4 760 auf 3 300 Soldaten. Deutschland und die NATO-Partner haben entschieden, dass bis Ende 2014 sämtliche Truppen aus Afghanistan abgezogen werden sollen. Deutschland hat aktuell mit ungefähr 4 800 Soldaten das drittstärkste Kontingent im Rahmen der Isaf, Großbritannien hat noch 9 500 Soldaten vor Ort und die USA 68 000... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Erhöhte Einwanderung nach Deutschland aufgrund der Krise

Im ersten Halbjahr 2012 stiegen die Einwanderungszahlen in Deutschland um 15%, insbesondere aufgrund einer Zunahme an



Einwanderern aus Ländern, die stark unter der Krise leiden, wie das Bundesamt für Statistik (Destatis) am 15. November 2012 bekannt gab. Die meisten Einwanderer kamen aus Osteuropa, Polen liegt auf dem ersten Platz (89 000 Einwanderer aus Polen im 1. Halbjahr). Die Einwanderung aus Griechenland hat im 1. Halbjahr im Vergleich zum letzten Jahr um 78% zugenommen (+ 6 900 Einwanderer aus Griechenland), ebenso gab es eine starke Zunahme von Einwanderung aus Portugal (+ 2000 Personen)... [Fortsetzung](#)

Angela Merkel auf Staatsbesuch in Lissabon



Bundeskanzlerin Angela Merkel reiste am 12. November 2012 nach Portugal, um dem portugiesischen Ministerpräsidenten Pedro Passos Coelho ihre Unterstützung zu bekunden. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz lobte Merkel Portugal für seine exzellente Umsetzung des internationalen Hilfsplans, dem das Land seit Mai 2011 folgt. Pedro Passos Coelho betonte, dass die harten Sparmaßnahmen die einzig mögliche Lösung seien. "Wir sind uns der Probleme bewusst, aber wir sind überzeugt, dass dies der einzige Weg nach vorne ist", sagte Coelho. Bundeskanzlerin Merkel traf auch den portugiesischen Präsidenten Anibal Cavaco Silva, bevor sie abschließend an einem Unternehmertreffen teilnahm... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Bulgarien :

Einigung zwischen Bulgarien und Russland über Gasleitung South Stream



Bulgarien und Russland haben am 15. November 2012 ein endgültiges Abkommen unterzeichnet über den bulgarischen Abschnitt der Gasleitung South Stream, so dass die Bauarbeiten am 7. Dezember beginnen können, wie der Präsident von Gazprom, Alexei Miller, bekannt gab. "Wir haben das endgültige Investitionsabkommen zum bulgarischen Abschnitt der South Stream Leitung unterzeichnet und werden jetzt mit der Umsetzung beginnen", erklärte Miller auf einer Pressekonferenz. Er fügte hinzu, dass auch bereits mit anderen Ländern gleiche Abkommen über den zukünftigen Verlauf der Gasleitung unterzeichnet worden sind. "Bulgarien wird ein wichtiger Verbindungspunkt für russisches Gas in Richtung Europa"... [Fortsetzung](#)

Spanien :

22. lateinamerikanisches Gipfeltreffen



Auf dem 22. Südamerikagipfel, an dem auch Spanien und Portugal teilnahmen, wurde beschlossen, ein Schiedsgericht zur schnelleren und vereinfachten Regelung von Handelsstreitigkeiten zwischen Unternehmen einzurichten. In der Abschlusserklärung vom 17. November 2012 heißt es hierzu: "Die Teilnehmer setzen sich für klare, verlässliche und vorhersehbare Regeln ein, die inländischen und ausländischen Investitionen dienen sollen". Spanien setzt sich seit Beginn der Affäre Repsol in Argentinien intensiv für mehr Rechtssicherheit bei ausländischen Investitionen ein. Die argentinische Regierung hatte die spanische Unternehmensgruppe mit der Filiale YPF Anfang Mai zu 51% enteignet, wodurch es zu einer schweren diplomatischen Krise zwischen Madrid und Buenos Aires kam. Das spanische Unternehmen kämpft seitdem für eine finanzielle Entschädigung... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

Angela Merkel trifft Jean-Marc Ayraut in Berlin



Am 15. November 2012 traf der französische Premierminister Jean-Marc Ayraut in Berlin Bundeskanzlerin Angela Merkel. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz betonten beide die engen Verbindungen zwischen Frankreich und Deutschland und die vielfältigen Feierlichkeiten anlässlich der Unterzeichnung des Elyseevertrags am 23. Januar 1963. Bundeskanzlerin Merkel betonte, dass Deutschland sich ein starkes Frankreich wünscht, um sich gemeinsam für ein starkes Europa einsetzen zu können. Jean-Marc Ayraut sagte unter anderem, dass ihn die Qualität des sozialen Dialogs in Deutschland inspiriert habe... [Fortsetzung](#)

Ministertreffen zu europäischer Außen- und Sicherheitspolitik



Am 15. November 2012 traf sich die Gruppe "Weimar plus" bestehend aus den Außen- und Verteidigungsministern von Deutschland, Frankreich, Spanien, Italien und Polen in Paris. Die Minister betonten, dass sie eine ehrgeizige europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik anstrebten. Hierfür müsse mehr Verantwortung übertragen werden und es sei ein größeres Engagement in Schlüsselregionen erforderlich, wie auch eine andere Lastenteilung in Bezug auf die transatlantische Gemeinschaft. Die Minister riefen zu einer stärkeren Zusammenarbeit auf und zur Teilung von Ressourcen, um so geeignete und wirksame Kapazitäten entwickeln zu können... [Fortsetzung](#)

Französischer Präsident François Hollande auf Staatsbesuch in Polen



Am 16. November 2012 reiste der französische Präsident François Hollande für einen offiziellen Staatsbesuch nach Polen. In seiner Rede vor den beiden Kammern des polnischen Parlaments betonte Hollande die gemeinsamen Verbindungen, Herausforderungen und Interessen beider Länder. Hollande erklärte, dass es sein Wunsch sei, dass Polen eine wichtige Rolle bei der Weiterentwicklung der Europäischen Union und der Eurozone einnimmt. Darüber hinaus betonte er die gemeinsamen Interessen beider Länder in den Bereichen Verteidigung, Mittelmeer- und östliche Partnerschaften und in europäischen Politiken wie der Agrarpolitik und Kohäsionsfonds. Laut Aussage Hollandes soll die bilaterale Zusammenarbeit gestärkt werden in Form von jährlich stattfindenden Regierungskonsultationen... [Fortsetzung](#)

Griechenland :

"Sparmaßnahmen sind nicht die einzige Lösung"



Am 14. November 2012 hielt der Vorsitzende des Internationalen Finanzinstituts (Institute of International Finance), Charles Dallara, in Athen vor den Mitgliedern der griechischen Bankenvereinigung eine Rede, in der er die Bürger und Entscheidungsträger Griechenlands für ihre bisherigen Bemühungen im Kampf gegen die Krise lobte. Dallara sprach sich gegen einen Ansatz aus, der allein auf Sparmaßnahmen und Haushaltskonsolidierung ausgerichtet ist. Er erklärte, dass die Konzentration auf Sparmaßnahmen nicht nur Griechenland, sondern ganz Europa in eine schmerzhaft Zukunft führen wird. Dallara rief zu verstärkten Maßnahmen zur Ankurbelung des Wachstums in Griechenland und in Europa auf... [Fortsetzung](#)

Italien :

Bilanz nach einjähriger Amtszeit Mario Montis in Italien



Der italienische Regierungschef Mario Monti verteidigte in einem am 17. November 2012 veröffentlichten Bericht die harten Sparmaßnahmen während der ersten 12 Monate seiner Amtszeit. Er betonte, dass die Eurozone ohne die rigorosen Maßnahmen auseinandergebrochen wäre oder sich komplett aufgelöst hätte. "Es ist wahrscheinlich, dass die Eurozone ohne die von der Regierung auferlegten Sparmaßnahmen nicht mehr existieren würde", heißt es in einem Bilanzpapier der italienischen Regierung, das unter dem Titel "Ein Jahr später - Die Regierung, Italien, die Bürger - Reisenotizen" veröffentlicht wurde... [Fortsetzung](#)

Polen :

Deutsch-polnische Regierungskonsultationen



Am 14. November 2012 empfing Bundeskanzlerin Angela Merkel den polnischen Premierminister Donald Tusk in Berlin. Gleichzeitig traf Außenminister Guido Westerwelle seinen polnischen Amtskollegen Radosław Sikorski im Rahmen der deutsch-polnischen Regierungskonsultationen. Die Minister sprachen über aktuelle Fragen der internationalen und europäischen Politik und insbesondere über den europäischen Haushalt. Merkel und Tusk gaben eine gemeinsame Pressekonferenz, auf der sie unter anderem bekannt gaben, dass beide Länder gemeinsame Projekte in den Bereichen Verkehr und Verteidigung realisieren wollen ("Smart Defense")...

Ukraine :

Julia Timoschenko beendet ihren Hungerstreik



Am 15. November 2012 gaben die ukrainischen und deutschen Ärzte der Oppositionsführerin Julia Timoschenko bekannt, dass diese ihren Hungerstreik beenden wird, den sie am 29. Oktober 2012 aus Protest gegen Wahlmanipulationen begonnen hatte. Am 13. November 2012 wurde zudem bekannt, dass das ukrainische Gericht den Beginn des Verfahrens wegen des Verdachts auf Steuerhinterziehung gegen Julia Timoschenko erneut verschoben hat, diesmal auf den 23. November 2012... [Fortsetzung](#)

Europarat :

Rahmenvereinbarung über Zusammenarbeit zwischen Europarat und Albanien



Am 16. November 2012 verabschiedeten der Europarat und Vertreter Albaniens ein dreijähriges Programm für eine Zusammenarbeit für die Jahre 2012-2014. Das Programm sieht Hilfszahlungen in Höhe von 9 Millionen Euro zur Umsetzung von Reformen in den Bereichen Menschenrechte, Rechtsstaat und Demokratie vor... [Fortsetzung](#)

Bericht des Antifolterkomitees im Europarat zur Ukraine



Am 14. November 2012 veröffentlichte das Antifolterkomitee des Europarates einen Bericht über die Lage in der Ukraine. Der Bericht folgt auf den Besuch einer Abordnung des Europarates im November/Dezember 2011. Entsprechend des Berichts gibt es in der Ukraine häufig Übergriffe und Gewalt durch Polizeibeamte. Das Komitee gibt Empfehlungen wie die Stärkung der Rolle von Richtern und die Ausarbeitung eines Verhaltenskodex bei Verhören durch die Polizei... [Fortsetzung](#)

UNO :

Zwei ehemalige kroatische Generäle in 2. Instanz von UN-Tribunal freigesprochen



Am 16. November 2012 wurden zwei ehemalige kroatische Generäle, Ante Gotovina und Mladen Markac, in 2. Instanz vom Internationalen Gerichtshof für Ex-Yugoslawien freigesprochen. Sie waren am 15. April 2011 in 1. Instanz wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu jeweils 24 und 18 Jahren Haft verurteilt worden. Den beiden Ex-Generälen wurde vorgeworfen, für den Tod von 324 Zivilisten und Soldaten verantwortlich zu sein, die sich bereits ergeben hatten, sowie 90.000 Serben zwischen Juli und September 1995 zum Verlassen der Krajina gezwungen zu haben... [Fortsetzung](#)

UN-Sicherheitsrat verlängert Mandat für europäische Sicherheitskräfte in Bosnien-Herzegowina



Am 14. November 2012 entschied der UN-Sicherheitsrat, das Mandat der europäischen Sicherheitskräfte in Bosnien-Herzegowina um ein Jahr zu verlängern (EUFOR ALTHEA). In der Resolution 2074 fordert der Sicherheitsrat alle politischen Entscheidungsträger in Bosnien-Herzegowina auf, Erklärungen zu unterlassen, die zu Spannungen führen und den EU-Beitritt des Landes gefährden könnten... [Fortsetzung](#)

Eurostat :

Geringere Inflation



Nach neuesten Zahlen, die Eurostat am 15. November 2012 veröffentlichte, sank die jährliche Inflationsrate im Vergleich zum Vormonat im Oktober 2012 um 0,1%, sie betrug für die Eurozone 2,5% und für die gesamte Europäische Union 2,6%. Bezogen auf ein Jahr liegt die Inflationsrate in Schweden und Griechenland unter 1,5%, in Ungarn, Estland

und Polen liegt sie über 4%... [Fortsetzung](#)

Handelsüberschuss der Eurozone im September 2012



Nach neuesten Zahlen, die Eurostat am 16. November 2012 veröffentlicht hat, verzeichnete die Eurozone im September 2012 einen Handelsüberschuss im internationalen Warenverkehr in Höhe von 9,8 Milliarden Euro. Die Europäische Union verzeichnete ein Handelsdefizit in Höhe von 12,6 Milliarden Euro für September 2012 und in Höhe von 10,9 Milliarden Euro vor einem Jahr... [Fortsetzung](#)

Wirtschaftliche Stagnation



Am 15. November 2012 gab Eurostat bekannt, dass das BIP in der Eurozone im 3. Quartal 2012 um 0,1% gesunken ist im Vergleich zum vorherigen Quartal, in der Europäischen Union gab es demgegenüber einen Anstieg von 0,1%... [Fortsetzung](#)

Eurobarometer :

Die Europäer zwei Jahre vor den Europawahlen 2014



Das Europäische Parlament hat die Ergebnisse einer zwischen dem 2. und 17. Juni 2012 durchgeführten Umfrage zum Thema "Zwei Jahre vor den Europawahlen 2014" veröffentlicht. Für die Umfrage wurden 26 622 Bürger in den 27 Mitgliedsländern der EU befragt. Aus den Umfrageergebnissen geht hervor, dass das Zugehörigkeitsgefühl zur EU davon abhängt, ob das Land der Eurozone angehört oder nicht. Die Bürger aus den Ländern, die der Eurozone angehören, fühlen sich "europäischer" als Bürger der übrigen EU-Staaten. Die Mehrheit der Befragten gab an, dass sie den Eindruck haben, dass ihre Stimme in der EU nicht zählen würde, wobei die Zahl derjenigen, die das Gegenteil denken, gestiegen ist. Fast 3/5 der Befragten sehen in einer Teilnahme an den Europawahlen die beste Einflussmöglichkeit... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Berichte/Studien :

Bericht Védrine: Für eine europäische Verteidigungspolitik



Am 14. November 2012 übergab der ehemalige französische Außenminister Hubert Védrine seinen Bericht über die zukünftige Rolle Frankreichs in der NATO an den französischen Präsidenten François Hollande. In dem Bericht werden die Konsequenzen der Rückkehr Frankreichs in die Militärstruktur der NATO erörtert und zugleich Möglichkeiten dargelegt für eine stärkere Dynamik in Richtung einer europäischen Verteidigung... [Fortsetzung](#)

Niedrigere Ausgaben für Gesundheit in Europa



Am 16. November 2012 veröffentlichten die OECD und die Europäische Kommission einen gemeinsamen Bericht mit dem Titel: "Gesundheitspanorama: Europa 2012". Aus dem Bericht geht hervor, dass die Ausgaben für Gesundheit erstmals seit 1975 rückläufig sind, aufgrund der Sparanstrengungen der Staaten zur Reduzierung ihrer Haushaltsdefizite. Zwischen 2000 und 2009 stiegen die Ausgaben durchschnittlich um 4,6%, im Jahr 2010 sanken die Ausgaben um 0,6%. Insbesondere Programme zur Prävention und für die öffentliche Gesundheitsfürsorge waren von Kürzungen betroffen. Der Bericht warnt vor den langfristigen Folgen der Kostensenkungen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Zunahme an synthetischen Drogen in Europa



Am 15. November veröffentlichte die europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht ihren Jahresbericht, aus dem hervorgeht, dass Europa mit einer Zunahme an synthetischen Drogen zu kämpfen hat. Im Jahr 2011 wurden 49 neue Substanzen entdeckt und 2012 bereits über 50. Diese unterschiedlichen Stoffe werden auf dem

Schwarzmarkt verkauft, aber zum Teil auch legal über das Internet. Aus dem Bericht geht hervor, dass die Stoffe nur schwer zu identifizieren sind. "Es ist wahrscheinlich, dass die große Mehrheit der Konsumenten absolut unwissend ist bezüglich der Frage was sie konsumieren und welche gesundheitlichen und rechtlichen Folgen ihr Konsum hat". Die Beobachtungsstelle zeigt sich ebenso besorgt über den Anstieg an HIV-Infektionen aufgrund des intravenösen Drogenkonsums in Griechenland und Rumänien; durch die Wirtschaftskrise erhöht sich einerseits die Bereitschaft zu riskanterem Handeln und andererseits sind die Handlungsmöglichkeiten der Behörden aufgrund von Sparmaßnahmen noch weiter eingeschränkt... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Paul Gauguin - das druckgrafische Werk



Das Kunsthhaus Zürich zeigt bis zum 20. Januar 2013 das komplette - überwiegend aus Holzdrucken bestehende - grafische Werk Paul Gauguins (1848-1903). Gauguin ist in erster Linie als einer der Begründer der modernen Malerei bekannt, seine Drucke sind im Vergleich zu seinen Gemälden fast nicht bekannt. Im Unterschied zu den Gemälden zeigen die Drucke hauptsächlich Schattenseiten der Tropenparadiese... [Fortsetzung](#)

Menschenbilder



Die unterschiedliche Darstellung des Menschen ist der rote Faden in der neuen Ausstellung im Museum Frieder Burda in Baden-Baden. Die Ausstellung umfasst Werke bekannter Künstler wie Georg Baselitz, Gerhard Richter und Sigmar Polke, aber auch weniger bekannter Künstler der jungen Generation, die zum Teil noch nicht ausgestellt wurden, wie Tim Eitel, Susanne Kühn oder Simon Pasieka. Die Ausstellung ist bis zum 6. Januar 2013 geöffnet... [Fortsetzung](#)

Ausstellung Van Dyck im Nationalmuseum Prado



Am 20. November 2012 wird die neue Ausstellung 'Van Dyck' im Nationalmuseum Prado in Madrid eröffnet. 92 Werke des Künstlers sind ausgestellt, die den Zeitraum von Beginn seiner künstlerischen Tätigkeit bis zu seiner Inspiration durch italienische Maler umfassen, wie auch seine Zusammenarbeit mit Rubens. Die Ausstellung ist bis zum 3. März 2013 geöffnet... [Fortsetzung](#)

Ausstellung "Bohèmes" im Grand Palais



Bis zum 14. Januar 2013 präsentiert der Grand Palais in Paris eine Ausstellung mit dem Titel "Bohèmes". Die Ausstellung zeigt die Wandlung der gesellschaftlichen Stellung des Künstlers ab Mitte des 19. Jahrhunderts und den entscheidenden Beitrag der Nomadenvölker für die Entstehung einer europäischen Identität. Im Rahmen der Ausstellung sind über 200 Werke bekannter Künstler zu sehen, von Turner bis Corot, von Courbet bis Manet und von Van Gogh bis Matisse... [Fortsetzung](#)

Agenda :



19. November

Luxemburg

Ratstreffen Auswärtige Angelegenheiten (Verteidigung)



19. bis 22. November

Straßburg

Sitzungswoche Europäisches Parlament



20. November

20
Nov

Brüssel
Ratstreffen Allgemeine Angelegenheiten

Treffen der Eurogruppe

22
Nov

22. und 23. November
Brüssel
Außerordentlicher Europäischer Rat zum EU-Haushalt

26
Nov

26. und 27. November
Luxemburg
Ratstreffen "Bildung, Jugend, Kultur und Sport"

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



 Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Inga Groth, Pauline Massis Desmarest, Pierre Thibaudat ;
Audrey Gahéry, Louis Hancisse, Pierre-Yves Luminet,
Gaudérique Traub, Laurène Vernet

Chefredakteur : Pauline Massis Desmarest
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Die **Robert-Schuman-Stiftung** wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge.
Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}